*Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät* *83(2006), 133–166*

Ernstgert Kalbe

# Sowjetische Osteuropapolitik der Nachkriegsperiode (1944–1953) in Dokumenten russischer Archive

Vortrag auf der gemeinsamen Sitzung der beiden Klassen am 13. Oktober 2005 aus Anlass des 60. Jahrestages des Kriegsendes

Die heute verfügbaren Dokumente zur jüngsten sowjetischen Osteuropapolitik sind angesichts des restriktiven Umgangs mit zeitgeschichtlichen Archivbeständen in der Sowjetunion bzw. der Russischen Föderation längst nicht vollständig. Bis 1985/86 waren sie überhaupt nicht, danach – in den späten 80er und frühen 90er Jahren – waren sie nur teilweise und seit Ende der 90er Jahre sind sie wiederum nur noch schwer zugänglich. Das ist offenbar heutiger Staatsraison der Russischen Föderation als Rechtsnachfolger und Erbe der Sowjetunion geschuldet, die deshalb an historischer Kontinuität von russischer und sowjetischer Geschichte festhält. Zudem begegnen natürlich in Dokumenten verschiedener Provenienz auch unterschiedliche Sichten auf Ereignisse, Probleme und Lösungsvarianten, die nicht eins zu eins in praktizierte Staatspolitik umgesetzt wurden. Daraus folgt, dass dem aktengläubigen Rechtsgrundsatz „quod non est in actis, non est in mundo“ ebenso zu misstrauen ist wie dem Umkehrschluss, wonach „quod est in actis, quoque est in mundo“.

Obgleich jüngste russische Dokumenteneditionen und darauf fußende historische Darstellungen über die sowjetische Osteuropapolitik nicht als politologische „Sensationen“ im Wortsinne angekündigt wurden, so legen doch einige dieser Publikationen ein erstaunlich reiches Material zu dieser Problematik offen. Sie erweitern unser Wissen über die Osteuropapolitik der UdSSR im ersten Nachkriegsjahrzehnt, was ein konkreteres Bild von den historischen Zäsuren in der Mitte des 20. Jahrhunderts ermöglicht.

Insbesondere das Institut Slavjanovedenija der Russischen Akademie der Wissenschaften in Moskau war auf diesem Gebiet initiativ und gibt dem Zeithistoriker wertvolles Quellenmaterial an die Hand.

Der Zugang zu lange sekretierten Archivbeständen höchster sowjetischer Instanzen und Behörden vermittelt anstelle bisher dominanter *apologetischer*

*Ideologeme* viele neue *Kenntnisse und Erkenntnisse* über Motive, Ziele und Methoden der Osteuropapolitik der sowjetischen Großmacht, die im Umfeld eines existentiellen Krieges und der Politik anderer system-konträrer Großmächte praktiziert wurde. Um es gleich zu sagen: Interessenpolitik unter konkurrierenden Großmächten erscheint mir nicht nur legitim, sondern im Koordinatensystem internationaler Kräftekonstellationen unausweichlich, vorausgesetzt, reale Interessen werden inhaltlich zutreffend und politisch praktikabel bestimmt.

Auf der Grundlage der vom Institut „Slavjanovedenija" der Russischen Akademie der Wissenschaften herausgegebenen Quelleneditionen sind bereits einige darstellende Monographien zum Gegenstand erschienen, die hier wenigstens genannt, nicht besprochen werden sollen: Wladimir K. Wolkow: Stalin wolle ein anderes Europa. Moskaus Außenpolitik 1940–1968, Berlin 2003 (diese Arbeit, die die Politik internationaler Sicherheit und machtpolitischer Einflusssphären der UdSSR behandelt, vermittelt freilich eine Sicht, als habe Stalin a priori die Sowjetisierung Osteuropas – wenigstens seit 1943 – betrieben); Totalitarizm. Istoričeskij opyt Vostočnoj Evropy. „Demokratičeskoe intermecco" s kommunističeskom finalom (1944–1948), Moskau 2002 (dieser Sammelband setzt mit Fallstudien zu einzelnen Ländern einen gleichnamigen Titel /1995/ zur Theorie und Methodologie der Problematik im Sinne der Totalitarismuskonzeption fort); Moskva i Vostočnaja Evropa. Stanovlenije političeskich režimov sovetskogo tipa. 1949–1053. Očerki istorii. Autorenkollektiv unter Leitung von A. F. Noskova, Moskau 2002 (diese monographische Arbeit behandelt die sozialpolitischen Träger und die Machtmechanismen der Sowjetisierung in Osteuropa. Sie ist gleichsam ein Kommentar zu den folgenden Dokumenteneditionen); siehe aber auch in der westlichen Literatur: Stefan Creuzberger/Manfred Görtemaker (Hrsg.): Gleichschaltung unter Stalin? Die Entwicklung der Parteien im östlichen Europa 1944–1949, Paderborn, München etc. 2002 (Rez. E. Kalbe, in: Osteuropa in Tradition und Wandel. Leipziger Jahrbücher, Band 6/2005, S. 313–324); Donal O`Sullivan: Stalins „Cordon sanitaire". Die sowjetische Osteuropapolitik und die Reaktionen des Westens 1939–1949, Paderborn 2003 (Rez. W. Geier, in: Kultursoziologie. Aspekte – Analysen – Argumente, Leipzig, Jg. 13(2004)1, S. 157–163).

Alle diese Arbeiten fußen – freilich in ziemlicher Interpretationsbreite – auf den erwähnten, nachfolgend zu besprechenden Dokumenten-Publikationen: Sovetskij faktor v Vostočnoj Evrope 1944–1953 gg., T. 1: 1944–1948. Dokumenty. Red.-kollegija T.V. Volokitina (otv. redaktor) i drugie, Moskau

1999 (222 Dok.); T. 2: 1949–1953. Dokumenty. Red.-kollegija T.V. Volokitina (otv. redaktor) i drugie. Moskau 2002 (327 Dok.); Vostočnaja Evropa v dokumentach rossijskich archivov 1944–1953 gg., T. 1: 1944–1948. Red.-kollegija G. P. Muraško (otv. redaktor) i drugie, Moskau, Novosibirsk 1997 (308 Dok.); T. 2: 1949–1953. Red.-kollegija ders. (otv. redaktor) i drugie. Moskau, Novosibirsk 1998 (337 Dok.); bereits in der unmittelbaren Nachkriegszeit wurden drei erstaunlich offene Dokumentenbände im Ogis-Verlag des Ministerrats der UdSSR veröffentlicht, die aber die gesamte Bandbreite sowjetischer Außenpolitik umfassen: Vnešnaja politika Sovetskogo Sojuza v period Otečestvennoj vojny. Dokumenty i materialy, T. I (22. iunja 1941 g. – 31. dekabrja 1943 g.), Moskau 1946, 803 S.; T. II (1. janvarja – 31. dekabrja 1944 g.), Moskau 1946, 688 S.; T. III (1. janvarja – 3. sentjabrja 1945 g.), Moskau 1947, 791 S.; außerdem publizierte das „Institut Slavjanovedenija" einige thematische Dokumentenbände, darunter: Tri vizita A. Ja. Vyšinskogo v Bucharest 1944–1946. Dokumenty rossijskich archivov. Red.-kollegija T.A. Pokivajlova (otv. redaktor) i drugie, Moskau 1998 (110 Dokumente); Transil´vanskij vopros. Vengero-Rumynskij territorial´nij spor i SSSR. 1940–1946. Dokumenty. Red.-kollegija T.M. Islamov (otv. redaktor) i drugie, Moskau 2000 (127 Dokumente).

Alle diese Dokumentenbände fußen auf den Archivbeständen folgender Archive: Archiv vnešnej politiki Rossijskoj Federacii, Moskau (AVP-RF); Rossijskij centr chranenija i izučenija dokumentov Novejšej Istorii (RCCHIDNI); Gosudarstvennyi archiv Rossijskoj Federacii (GA-RF); Archiv Prezidenta Rossijskoj Federacii (AP-RF); Archiv social'no-političeskoj istorii (RGASPI) und das Archiv CK KPSS (A-CK-KPSS).

Ausgewertet wurden vor allem Dokumente des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, des Präsidenten der Russischen Föderation, des Ministerrats der UdSSR, des Ministeriums des Inneren (MVD), des Ministeriums für Auswärtiges (MID), des Ministeriums für Sicherheit (MGB), des Ministeriums für Verteidigung, des Stalin-Fonds, des ZK der KPdSU und seiner Abt. für Internationale Information bzw. später für Internationale Beziehungen, des Kominformbüros und weiterer Behörden. Die Dokumente sind streng chronologisch geordnet und nicht nach inhaltlichen oder Ländergesichtspunkten angelegt.

Um Dokumente welchen Charakters handelt es sich in den obigen Editionen? 1. um Gesprächsprotokolle Stalins u. a. sowjetischer Spitzenpolitiker mit kommunistischen Partei- und Staatsfunktionären, sowie anfangs auch mit Politikern bürgerlicher Bündnispartner in Nationalen und Volksfronten osteuro-

päischer Länder, aber auch mit Vertretern bürgerlicher Exil- und Oppositionsparteien; 2. um Berichte, Briefe, Analysen und Hilfsersuchen von Partei- und Staatsführern volksdemokratischer Länder an die sowjetische Führung zur politischen, militärischen und wirtschaftlichen Entwicklung ihrer Länder; 3. um Berichte und Einschätzungen sowjetischer Parteibeauftragter, Kontrollkommissionen, diplomatischer Vertretungen, sowjetischer Innen-, Sicherheits- und Nachrichtendienste, Berater, Militärs, Spezialisten in diesen Ländern an Spitzenfunktionäre, Ministerien und Dienststellen der UdSSR über fast alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens; 4. um Einschätzungen und Analysen sowjetischer Beauftragter und Diplomaten über die Situation und Politik kommunistischer Parteien dieser Länder sowie über Positionen ihrer führenden Funktionäre (zu politischen, ideologischen und wirtschaftlichen Problemen); 5. um Berichte über die Zusammensetzung, Struktur und Politik von Regierungen der volksdemokratischen Länder, über politische Kräfteverhältnisse und Wahlergebnisse, über den Einfluss der inneren Opposition und die Haltung äußerer Mächte (u. a. bezüglich Bündnisfragen- und Friedensvertragsregelungen, zu Wirtschafts-, Sicherheits-, Grenz- und Nationalitätenfragen); 6. zu Diskussionen über nationale Wege revolutionär-demokratischer Umwälzungen und sowjetische Erfahrungen des sozialistischen Aufbaus in den jeweiligen Ländern, gemäß den konkreten Bedingungen; 7. Berichte und Denunziationen über reale oder vermeintliche Gefahren des Nationalismus, Opportunismus und Revisionismus in den osteuropäischen Ländern und ihre politischen und personellen Träger; 8. um Materialien über Spionage, Verschwörungen, Erpressungen von Personen und Gruppen bzw. über Prozesse und Säuberungen gegen wirkliche oder vermeintliche Feinde, wobei der „Kampf“ gegen den „Titoismus“, „Nationalismus“ und „Antisowjetismus“ eine zentrale Rolle spielen; dabei begegnen zunehmend politische Denunziationen, sowjetische Kritiken und devote Selbstkritiken betroffener Funktionäre; 9. Dokumente zu Gründung, Strukturen, Funktionen und Apparaten des 1947 gebildeten Kominformbüros als einer faktisch neuen internationalen Partei mit statuarischen Vollmachten und verbindlichen Aufgaben; 10. Analysen zu Ursachen und zur Entfaltung des „Kalten Krieges“ und seiner Konsequenzen für Disziplinierung, Lagerdenken, Blockbildung und Beschleunigung des „sozialistischen Aufbaus“ durch Industrialisierung, Militarisierung, Kollektivierung und Kulturrevolution in den Ländern der Volksdemokratie vermittels der Übernahme des politischen Sowjetsystems bzw. des Überstülpens des Sowjetmodells auf die osteuropäischen Länder.

Es versteht sich von selbst, dass hier für all diese gesellschaftlich-politischen Wirkungsbereiche nicht explizit zugehörige Dokumente vorgestellt, resp. interpretiert werden können. Vielmehr sollen anhand des dokumentarischen Materials Aussagen zu einigen zentralen Fragen versucht werden.

## I. Zur Politik der Sowjetunion als Großmacht unter Großmächten

Die Funktion des aus der Oktoberrevolution hervorgegangenen Sowjetstaats bestand nach Vorstellungen Lenins und seiner engsten Mitstreiter darin, mit dem Ausbruch Russlands aus dem kapitalistischen System als unmittelbare Initialzündung für weitere revolutionäre Umwälzungen der Gesellschaft zum Sozialismus im internationalen Maßstab zu wirken, die „sozialistische Weltrevolution" einzuleiten und „internationalen Interessen des Proletariats" absolute Priorität in der staatlichen Tätigkeit Sowjetrusslands einzuräumen.

Das Leninsche Verständnis des „proletarischen Internationalismus" schloss umgekehrt ein, „dass unsere Revolution nur ein Anfang sein kann, dass sie nur dann siegreich zu Ende geführt werden kann, wenn wir in der ganzen Welt die gleiche Flamme der Revolution entzünden".[1]

Im offiziellen, vom VIII. Parteitag der Kommunistischen Partei Russlands (Bolschewiki) im März 1919 verabschiedeten Programm heißt es dazu explizit: „Die Oktoberrevolution vom 25. Oktober (7. November) 1917 hat in Russland die Diktatur des Proletariats verwirklicht, die mit Unterstützung der ärmeren Bauernschaft oder des Halbproletariats begonnen hat, die Grundlagen der kommunistischen Gesellschaft zu schaffen. Der Werdegang der Revolution in Deutschland und Oesterreich-Ungarn, das Wachstum der revolutionären proletarischen Bewegung in allen fortgeschrittenen Ländern, die Verbreitung, welche das Rätesystem in dieser Bewegung findet als das System, das unmittelbar auf die Verwirklichung der proletarischen Diktatur hinzielt – all das beweist, dass das Zeitalter der proletarischen kommunistischen Weltrevolution begonnen hat".[2]

Diese Sicht, die mit dem Ausbleiben einer siegreichen Revolution in den Jahren der europäischen Nachkriegskrise und mit dem nicht zuletzt dadurch erzwungenen Übergang zur Neuen Ökonomischen Politik ab 1921 zunächst nur zeitlich gestreckt wurde, erlitt mit der Stalinschen Politik des „Aufbaus

1 W.I. Lenin: Referat auf dem I. Gesamtrussischen Kongreß der werktätigen Kosaken (1. März 1920), in: W.I. Lenin: Werke, Bd. 30, S. 374f.

2 Das Programm der Kommunistischen Partei Russlands (Bolschewiki). Angenommen auf dem 8. Parteikongress (18.–23. März 1919). Mit einer Einführung von Karl Radek, Zürich 1920, S. 35.

des Sozialismus in einem Lande“ und dem Übergang zur Industrialisierung 1925 als einer langfristigen Strategie des „Einholens und Überholens des Kapitalismus“ – und zwar unter Bedingungen der Konkurrenz und Koexistenz zweier Systeme – zunehmenden Realitätsverlust. Dennoch wurde auch im Programm des VI. Weltkongresses der Komintern von 1928 noch am Axiom der „sozialistischen Weltrevolution“ in Gestalt dreier historischer Revolutionstypen festgehalten: 1. proletarischer Revolutionen in entwickelten kapitalistischen Ländern, 2. bürgerlich-demokratische Revolutionen in rückständigen kapitalistischen Ländern, 3. national-demokratische Befreiungsrevolutionen in kolonial abhängigen Ländern.

Mit dem Machtantritt des Faschismus in Deutschland jedoch und dem damit eingeleiteten Übergang zur Politik der „kollektiven Sicherheit“, dem alsbald die „antifaschistische Einheits- und Volksfrontpolitik“ des VII. Komintern-Kongresses – quasi als Kehrseite der Medaille – an die Seite trat, wurde ein erster politischer Paradigmenwechsel vollzogen, der die äußere wie innere Komponente der sowjetischen Politik wie der kommunistischen Weltbewegung anzeigte. Das schändliche „Münchener Abkommen“ von 1938 war einerseits sowohl Bestätigung für die Notwendigkeit wie andererseits zugleich auch Ausdruck für die Niederlage dieser antifaschistischen Politik.

Selbst der neuerliche außenpolitische Paradigmenwechsel der Sowjetunion, den der umstrittene, aber nachvollziehbare deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt von 1939 mitsamt den folgenden, nunmehr rechtswidrigen Verträgen und expansionistischen Geheimprotokollen markierte, war eine „Wende in der Wende“, weil das vorangegangene Münchener Appeasement-Abkommen von 1938 kaum reale Alternativen dazu beließ. Insofern zielten beide Konzepte – kollektive Sicherheit wie Nichtangriffspakt – auf die Wahrnahme realer oder vermeintlicher nationaler Interessen der Sowjetunion ab – nämlich als „Großmacht unter Großmächten“ in der damaligen Kräftekonstellation zwischen ihnen.[3] Insofern spielte auch die durch den Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion im Juni 1941 erzwungene Umkehr zum Beistands- und Sicherheitskonzept einer Anti-Hitler-Koalition der Völker die Rolle einer nachgeordneten „Wende“, weil der eigentliche Paradigmenwechsel mit dem Verzicht auf den „Messianismus“ der Weltrevolution zum „Pragmatismus“ des Überlebens bzw. des Wettbewerbs unter Bedingungen der Koexistenz konträrer Systeme längst, seit Ende der 20er Jahre, vollzogen war.

3 Darauf hat übrigens Walter Markov schon 1989 in seiner von Thomas Grimm dokumentierten „Zwiesprache mit dem Jahrhundert“ zur gerade beginnenden Diskussion um den Nichtangriffspakt hingewiesen.

Gerade der personelle Wechsel des Volkskommissars für Auswärtiges von Tschitscherin (1918) zu Litwinow (1930) und Molotow (1939) bzw. auch im Amt des Vorsitzender des Rats der Volkskommissare von Molotow zu Stalin (1941) zeigt in diesem Zusammenhang gewichtige inhaltliche Zäsuren in der internationalen Politik der Sowjetunion an.

## II. Sowjetische Kriegs- und Nachkriegsziele und Nationale Fronten

Wenn es um die Kriegsziele der Sowjetunion im „Großen Vaterländischen Krieg" geht, so sei zunächst auf Stalins Rede vom 3. Juli 1941 verwiesen, in der davon die Rede ist, dass „dieser Krieg gegen das faschistische Deutschland nicht als gewöhnlicher Krieg betrachtet werden kann", der nicht nur zur Abwehr der Gefahr geführt werde, „die über unserem Lande hängt." Vielmehr werde dieser Krieg auch zur „Hilfe für alle Völker Europas" geführt, „die unter dem Joch des deutschen Faschismus leiden", wobei der Kampf der Sowjetvölker „für die Freiheit unseres Vaterlandes mit dem Kampf der Völker Europas und Amerikas für deren Unabhängigkeit, für demokratische Freiheiten verschmilzt".[4]

Diese Erklärung entsprach der realen Lage und dem notwendigen Bündnis aller vom Faschismus bedrohten Staaten und Völker ebenso wie den Lebensinteressen der Sowjetunion und den Absichten der Sowjetführung. Im September 1941 schloss sich die Sowjetunion der anglo-amerikanischen Atlantik-Charta vom August an, in der die antifaschistischen Kriegsziele und die Prinzipien für eine demokratische Nachkriegsregelung fixiert wurden, die am 1. Januar 1942 die Grundlage für die Deklaration von Washington bildete, mit der die Vertreter von 26 Staaten die Vereinten Nationen als Ziel und Abkommen des gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus gründeten.[5]

Bereits zuvor hatte sich die Sowjetunion für die Wiederherstellung der Tschechoslowakei und Jugoslawiens sowie eines unabhängigen polnischen Staates „in den Grenzen Nationalpolens" ausgesprochen,[6] was zugleich die unveränderten sowjetischen Ansprüche auf westbelorussische und westukrainische Gebiete bekräftigte. Stalin hatte in seiner Rede vom 6. November 1941 zum Jahrestag der Oktoberrevolution erklärt, dass die Sowjetunion keine Kriegsziele verfolge, die auf die Eroberung fremder Territorien oder die

4 Vnešnaja politika Sovetskogo Sojuza v period Otečestvennoj vojny. Dokumenty i materialy, Tom I (22. ijunja 1941 g. – 31. dekabrja 1943 g.), Moskau 1946, S. 34.

5 Ebenda, S. 194.

6 Sovetsko-anglijskie otnošenija vo vremja Velikoj Otečestvennoj Vojny. 1941–1945 gg. Dokumenti i materialy, T. I, Moskau 1983, Dok. 11, S. 69.

Unterdrückung fremder Völker abziele. Sie beabsichtige nicht, befreiten Völkern ihre Ordnung aufzuzwingen, aber erlaube auch niemandem, sich in die inneren Angelegenheiten anderer Völker einzumischen,[7] was die Forderung nach den sowjetischen Vorkriegsgrenzen von 1940/41 einschloss. Die politisch-militärische Sachlage während des Krieges und in den ersten Nachkriegsjahren hätten es der Sowjetunion aber auch nicht erlaubt, in Osteuropa „eine Sphäre sowjetischer Kontrolle und der Errichtung von Regimes mit vorherrschender und zum Teil ausschließlicher Machtstellung der Kommunisten" zu errichten, wie das Wladimir K. Wolkow unterstellt,[8] sofern dafür keine entsprechenden inneren Kräfteverhältnisse existierten. Wenn sich Wolkow zur Begründung der These vom Export der Revolution auf ein Gespräch von Djilas mit Stalin im April 1944 beruft, wonach Stalin erklärt habe, „wer ein Territorium besetzt, der errichtet dort seine eigene Gesellschaftsordnung",[9] erscheint das dennoch etwas kurzschlüssig.

Gewiss wirkte die Anwesenheit der jeweiligen Besatzungsmächte auf die dortigen realen politischen Kräfteverhältnisse ein, löste aber keinen automatischen Machtmechanismus aus. Selbst wenn die Stalin zugeschriebene Formel subjektive Wünsche der Akteure ausdrückte, stimmte sie nicht immer mit objektiven Gegebenheiten überein, zumal Stalin bis weit in das Jahr 1947 hinein von der Priorität guter Beziehungen zwischen den Staaten der Anti-Hitler-Koalition ausging. Das entsprach der damals vorrangigen sowjetischen Staatsraison[10] und verlangte die Beachtung von Interessen der Alliierten. Ohne den Einfluss der sowjetischen Besatzungsmacht in den befreiten Länder auf politische Konstellationen zu unterschätzen, müssen weitere innere wie äußere Faktoren für deren gesellschaftliche Entwicklung hinterfragt werden. So bezeugt beispielsweise die Entwicklung Finnlands die Fragwürdigkeit der Behauptung einer a priori geplanten Sowjetisierung des Landes; umgekehrt belegt der griechische Entwicklungsweg, dass die Präsenz der jeweiligen Besatzungsmacht sehr wohl konstitutiven Einfluss auf das politische Gewicht der inneren sozialpolitischen Kräfte hatte. Trotz der Stärke der griechischen Linkskräfte, die im Herbst 1944 bereits gut zwei Drittel des Festlandes kontrollierten, verloren die um die Befreiungsfront (EAM) formierten, auf eine Befreiungsarmee (ELAS) gestützten und im exekutiven Befreiungskomitee

7 Vnešnaja politika Sovetskogo Sojuza v period Otečestvennoj voiny, Tom I, Moskau 1946, S. 49.

8 Wladimir K. Wolkow: Stalin wollte ein anderes Europa. Moskaus Außenpolitik 1940–1968, Berlin 2003, S. 156.

9 Milovan Djilas: Gespräche mit Stalin, Stuttgart o. J., S. 139.

10 Wladimir K. Wolkow: Stalin wollte ein anderes Europa, S. 158

(PEEA) organisierten revolutionär-demokratischen Kräfte nach der mit der griechischen Exilregierung vereinbarten Bildung einer „Regierung der Nationalen Einheit“ (September 1944), nach der britischen Landung (Oktober 1944) und mit dem Kompromiss-Abkommen von Varkisa (Februar 1945) ihre bereits errungenen Machtpositionen.

Keinesfalls soll in Abrede gestellt werden, dass sich die Vorstellungen der Sowjetunion und der Komintern von „demokratischer Nachkriegsordnung“ und über „antifaschistische Volksdemokratie“ mit den fortschreitenden Kriegserfolgen der Roten Armee und mit dem anschwellenden inneren Widerstand der „Nationalen Fronten“, woran die Kommunisten den größten Anteil hatten, zunehmend radikalisierten. Dafür gab es jedoch eine klar gezogene Grenze: nämlich alle radikalen Abenteuer zu unterlassen, welche die Einheit der Anti-Hitler-Koalition gefährden könnten und dem gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus schaden würden. Die Sowjet- und Kominternführung griffen auch direkt ein, wo immer illusionäre Aktivitäten in Richtung eines raschen Übergangs zum Sozialismus sichtbar wurden, sei es z.B. in der jugoslawischen oder in der bulgarischen KP, wie das in Dimitroffs „Tagebuch“ belegt wird.

Es ist hier nicht der Ort über die Formierung Nationaler Fronten und ihren antifaschistischen Widerstandskampf, der in vielen Ländern bewaffnete Formen annahm, zu sprechen. Es soll lediglich kurz auf die Programmatik dieses Kampfes verwiesen werden. Noch am 22. Juni 1941 beriet das Exekutivkomitee der Komintern die neue Situation und die neuen Aufgaben nach dem faschistischen Überfall auf die Sowjetunion. Georgi Dimitroff erinnerte daran, „dass der Krieg gegen die deutschen Eroberer langwierig und hartnäckig sein wird und die Anspannung all unserer Kräfte erfordert. Dieser Krieg stellt die kommunistischen Parteien und uns vor völlig neue Aufgaben: 1. Die kommunistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern müssen sofort eine breite Kampagne für die uneingeschränkte Unterstützung der Sowjetunion, gegen den räuberischen Krieg von Seiten Deutschlands entfachen. 2. Es steht die Organisierung einer nationalen Befreiungsbewegung gegen den deutschen Faschismus in allen unter deutscher Okkupation befindlichen Ländern wie des antifaschistischen Kampfes in Deutschland selbst bevor. 3. Dabei muss man von der Tatsache ausgehen, dass die Sowjetunion einen vaterländischen und gerechten Krieg führt, einen Krieg gegen den von Deutschland vom Zaune gebrochenen Eroberungskrieg“.[11]

11 CPA Sofia. Fond 146 (Persönl. Dimitrov-Fond), Opis 2. A.E. 431, Pag. 2.

Nachdrücklich forderte Dimitroff zur allseitigen Anwendung der Volksfrontstrategie und einer elastischen Bündnispolitik gegenüber allen patriotischen und demokratischen Kräften auf, die in breiten nationalen Fronten wirksame Widerstandsaktionen gegen die Aggressoren entfalten sollten. In dieser Etappe gehe es weder um den Sturz des Kapitalismus noch um die Weltrevolution, sondern „vielmehr um den Kampf gegen die nationale Unterdrückung, gegen das Regime der Versklavung durch die Okkupanten, um den Kampf für nationale Freiheit".[12] In seinem „Tagebuch" (Dnevnik) trägt Georgi Dimitroff noch am 22. Juni 1941 folgende Notiz über ein Treffen mit Stalin, Molotow, Woroschilow, Kaganowitsch und Malenkow im Kreml ein: „Haben uns über unsere Arbeit verständigt. Die Komintern wird jetzt nicht öffentlich auftreten. Die Parteien sollen vor Ort eine Bewegung zum Schutz der UdSSR entfachen. Die Frage nach der sozialistischen Revolution steht nicht. Das Sowjetvolk führt einen vaterländischen Krieg gegen das faschistische Deutschland. Es geht um die Zerschlagung des Faschismus, der eine Reihe von Völkern versklavt hat und danach strebt, auch andere Völker zu versklaven".[13] Die Spannbreite der sozialpolitischen Forderungen nationaler Fronten soll an zwei Beispielen verdeutlicht werden. Während die jugoslawische Befreiungsfront auf ihrer II. Tagung im November 1943 in Jajce im Grunde bereits eine volksdemokratische Macht konstituierte, gelang der ungarischen Nationalen Unabhängigkeitsfront erst ab Herbst 1944 ihre reale politische Formierung.

Die II. AVNOJ-Tagung erklärte sich zum Machtrepräsentanten der Völker Jugoslawiens, ohne Rücksicht auf die jugoslawische Exilregierung in London, übrigens sehr zum Ärger der sowjetischen Führung: „Der Antifaschistische Rat der Nationalen Befreiung Jugoslawiens konstituiert sich zur obersten gesetzgebenden und vollziehenden Vertretungskörperschaft Jugoslawiens, zum obersten Repräsentanten der Souveränität der Völker und des Staates Jugoslawiens als Einheit und bildet das Nationalkomitee zur Befreiung Jugoslawiens als ein mit allen Tributen der Volksmacht ausgestattetes Organ, mit dem der Antifaschistische Rat der Nationalen Befreiung Jugoslawiens seine exekutiven Funktionen ausübt." Und unzweideutig wird nachgelegt: „Der verräterischen jugoslawischen Emigrationsregierung werden alle Rechte einer gesetzlichen Regierung Jugoslawiens aberkannt, vor allem das Recht, die Völker Jugoslawiens irgendwo und vor irgendwem zu vertreten".[14]

12 Ebenda, Pag. 4f.)
13 Georgi Dimitrov: Dnevnik (9. mart 1933 – 6. fevruari 1949), Sofia 1997, S. 236.
14 Prvo i drugo zasjedanje AVNOJa, Zagreb 1963, S. 207.

Dagegen rang die ungarische Unabhängigkeitsbewegung noch um ihr sozial-politisches Selbstverständnis. Im September 1944 erklärte die KP Ungarns den Kampf gegen die deutsche Besetzung und die eigene kollaborierende Reaktion als politische Doppelstrategie: „Unser nationaler Befreiungskampf hat einen Doppelcharakter, der untrennbar ist: Durch die Verjagung der imperialistischen deutschen Besetzung zu einem unabhängigen Ungarn! Durch den Sturz der ungarischen Reaktion zu einem demokratischen Ungarn!“[15] Diese Linie bestimmte auch die antifaschistischen und revolutionär-demokratischen Aufgaben des am 2. Dezember 1944 in Szeged beschlossenen Programms der Ungarischen Nationalen Unabhängigkeitsfront.[16]

Es ist leicht vorstellbar, wie weit in einer politisch dualistischen Widerstandsbewegung in Polen die Nachkriegsvorstellungen von einerseits bürgerlicher polnischer Exilregierung in London und ihrer Delegatur im Lande und dem Anfang 1944 gegründeten Polnischem Landesnationalrat (KRN) andererseits auseinander trifteten. Die Bildung des „Polnischen Komitee der Nationalen Befreiung“ (PKWN) von Lublin am 22. Juli 1944 als provisorische Exekutive und der Beginn des Warschauer Aufstand am 1. August 1944 als Höhepunkt des Widerstandes bezeugen die konträren Ambitionen beider Gruppierungen.

## III. Sowjetische Osteuropapolitik und nationale Wege zum Sozialismus

Nach vorheriger Abstimmung der hauptsächlichen Kriegs- und Nachkriegsziele der „Großen Drei“ bereits im November/Dezember 1943 in Teheran, besonders zur Eröffnung einer zweiten Front, zur deutschen Frage und zur künftigen Gestaltung Nachkriegspolens, wurden die Beschlüsse der Krimkonferenz von Jalta im Februar 1945 zur verbindlichen Grundlage für die Zusammenarbeit der Großmächte der Anti-Hitler-Koalition bei der Errichtung einer demokratischen Nachkriegsordnung in Europa wie auch für die sowjetische Nachkriegspolitik in Osteuropa. Die gemeinsame „Dreimächte-Deklaration über das befreite Europa“ vom 11. Februar 1945, die auf die einvernehmliche Abstimmung ihrer Haltung gegenüber den befreiten Völkern abzielte, schrieb ausdrücklich fest: „Die Herstellung der Ordnung in Europa und der Wiederaufbau eines nationalen Wirtschaftslebens müssen in einer Weise zuwege gebracht werden, die es den betreffenden Völkern gestattet, die letzten Spuren

15 A magyarorszagi munkasmozgalom 1939–1945, Budapest 1958, S. 316.

16 Dokumentumok a magyar parttörtenet tanulmanyozazahoz. Bd.5, Budapest 1955, Dok. 167, S. 242ff.

des Nationalsozialismus und Faschismus zu beseitigen und demokratische Einrichtungen nach eigener Wahl zu schaffen. Der Grundsatz der Atlantik-Charta – nämlich das Recht aller Völker, sich die Regierungsform, unter der sie leben werden, selbst zu wählen – ist die Rückgabe der souveränen Rechte und der Selbstverwaltung an diejenigen Völker, die dieser durch die Angriffsvölker (in russischer Fassung: aggressiven Nationen) mit Gewalt beraubt worden sind".[17]

Natürlich gab es in der Führung der UdSSR schon vorher konzeptionelle Vorstellungen zu den Kriegszielen wie zur Nachkriegsordnung in Europa, die ihren Niederschlag in Memoranden außenpolitischer Vordenker fanden, deren Ausarbeitung die Sowjetführung zu verschiedenen Zeitpunkten veranlasst hatte. Erinnert sei an die Ausarbeitung von Solomon Losowski (Dezember 1941), das vorrangig die Festigung des Bündnisses der Anti-Hitler-Koalition betraf, danach an das Memorandum von Iwan Maiskij (Januar 1944), das sowjetische Grundkonzepte für eine demokratische Nachkriegsordnung vorschlug, und schließlich an die Denkschrift von Maxim Litwinow (Januar 1945), die im unmittelbaren Gang auf die Jalta-Konferenz die sowjetischen Positionen zur Behandlung Deutschlands, zur Bildung demokratischer Nachkriegsregimes, zu den Grenzziehungen der osteuropäischen Länder und schließlich zu den künftigen Friedensregelungen mit den Satellitenstaaten der faschistischen Achse umriss.

Freilich hieß das nicht, dass die entsprechenden Vorschläge der Memoranden in der sowjetischen Staatspolitik immer unverändert umgesetzt worden wären. Besondere Aussagekraft besitzt unter dem Aspekt der künftigen sowjetischen Osteuropapolitik die Maiskij-Denkschrift vom 10. Januar 1944, die der damals stellvertretender Außenminister und Botschafter der UdSSR in London, I. M. Maiskij, unter dem Titel „zum künftigen Frieden und zur Nachkriegsordnung" an Außenminister Molotow eingereicht hatte, mit der Bitte, dieselbe an Stalin, Woroschilow, Mikojan, Berija, Litwinow und Dekanosow weiterzuleiten. Dieses Dokument wurde offensichtlich zu einer wichtigen konzeptionellen Grundlage der sowjetischen Nachkriegspolitik, insbesondere ihrer Osteuropapolitik,[18] trotz mancher Korrekturen in der politischen Praxis. Da wir dieses Dokument mit einer kundigen Einleitung von Eckart Mehls in

17 Das Ostpaktsystem. Dokumente. Hrsg. von Boris Meißner, Frankfurt am Main/ Berlin 1955, S. 111; Russisch: Vnešnaja politika Sovetskogo Sojuza v period Otečestvennoj vojny, Tom III (1. Janvarja – 3. Sentjabrja 1945), Moskau 1947, S. 105.

18 Sovetskij faktor v Vostočnoj Evrope 1944–1953. Dokumenty, T. I: 1944–1948. Otvetst. redaktor T.V. Volokitina, Moskau 1999, S. 23–48.

Band 5/2003 unseres Osteuropa-Jahrbuches abgedruckt haben,[19] kann ich mich auf einige wesentliche Aussagen beschränken. Das Maiskij-Memorandum knüpft an die Konferenz-Beschlüsse von Teheran der Regierungschefs der drei alliierten Großmächte zur Zerschlagung des Faschismus sowie zu ihrer Zusammenarbeit in der Nachkriegszeit an und beinhaltet in 25 Abschnitten Positionen und Vorschläge zu übergreifenden Fragen, zu ganzen geographischen Regionen und zu einzelnen Ländern.[20]

Die Herausgeber von „Sovetskij faktor v Vostočnoj Evrope" schreiben in ihrer Einführung zum Band I, dass die Beschlüsse der Krimkonferenz und der nachfolgenden Potsdamer Konferenz zur Vernichtung des Faschismus „der Sowjetunion die Möglichkeit eröffneten, direkt Einfluss auf die Entwicklung der innenpolitischen Prozesse in der (osteuropäischen) Region zu nehmen. Das war die spiegelverkehrte Variante der von der sowjetischen Seite anerkannten unmittelbaren anglo-amerikanischen Einflussnahme auf die Dynamik der innenpolitischen Entwicklung im westlichen Teil Europas".

Wie die Dokumente der ersten Nachkriegsjahre beweisen, „sah die Moskauer Führung den Sinn der sowjetischen militär-politischen Anwesenheit in Osteuropa keineswegs in der Errichtung eines klassischen Okkupationsregimes oder in der direkten Durchsetzung der Sowjetisierung mittels der bewaffneten Kräfte. Die Hauptaufgabe Moskaus in Osteuropa an der Grenze vom Krieg zum Frieden bestand – in Übereinstimmung mit den nationalstaatlichen Interessen der Sowjetunion, wie es die Sowjetführung verstand – darin, längs der sowjetischen Westgrenzen eine ‚Sicherheitszone' zu schaffen".[21] Diese Konzeption schloss die Idee „nationaler Wege" zu einer neuen Gesellschaftsordnung in sich ein, „die durchaus nicht nur in den kommunistischen und sozialistischen (sozialdemokratischen) Parteien Anklang fand, sondern auch in liberal-demokratischen Kreisen, und mit deren Realisierung zwischen 1944–1946 in verschiedenen Ländern der Region begonnen wurde, als das

19 Zapiska rukovoditelja Komissii NKID SSSR I.M. Maiskogo, ... po voprosam buduščego mira i poslevojennogo ustrojstvo, 10. Januar 1944, in: Osteuropa in Tradition und Wandel. Leipziger Jahrbücher, Bd. 5, Leipzig 2003, S. 163–168 (Einleitung) und 169–202 (Dokument).

20 Darunter allgemeine Richtlinien, Grenzen der UdSSR, zu Deutschland, zu einigen westeuropäischen Ländern, zu Föderationsfragen, insbesondere zu Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien und Balkan, ferner zu skandinavischen Ländern, zur Türkei, Iran, arabischen Ländern, zu Japan und China, zur staatlichen Ordnung in feindlichen und vom Feinde okkupierten Ländern, zu internationalen Organen für die Sicherung des Friedens, zur Kolonialfrage, zu Wirtschaftsbeziehungen der UdSSR mit den USA und England, ein Fazit, Perspektiven, Vorbehalte.

21 Sovetskij faktor v Vostočnoj Evrope 1944–1053. Vvedenie, T. I, S. 8f.

Modell einer Übergangsgesellschaft, die auf der Basis des Prinzips einer ‚Konsensdemokratie' funktionieren sollte und in der Geschichte die Bezeichnung ‚Volksdemokratie' erhielt".[22]

I.M. Maiskij benennt in seiner Denkschrift als konkretes Ziel der UdSSR für die Gestaltung des Friedens und der künftigen Nachkriegsordnung „eine solche Lage, bei der im Verlaufe einer langen Frist die Sicherheit der UdSSR und die Erhaltung des Friedens, zumindest in Europa und Asien, garantiert wäre", worunter er wenigstens 30, möglichst 50 Jahre verstand.[23] Dabei besteht Maiskij grundsätzlich auf den Grenzen der UdSSR von 1941, die im Einzelfalle, insbesondere gegenüber Polen, Rumänien und Finnland, zu Gunsten der Sowjetunion modifiziert werden könnten. Grundsätzlich vertritt Maiski die Position, einen Sicherheitscordon loyaler und befreundeter Länder entlang der sowjetischen Westgrenzen zu schaffen – quasi in Umkehrung des Cordon sanitäre gemäß dem Versailler Vertragssystem.

Bezüglich der inneren Ordnung der osteuropäischen Länder geht Maiskij davon aus, dass diese auf den Prinzipien einer *breiten Demokratie* im Geiste der Ideen der Volksfront basieren sollten. Dazu kommentiert Maiskij: „Es gibt Grund zu der Annahme, dass sich diese Prinzipien in solchen Ländern wie Norwegen, Dänemark, Holland, Belgien, Frankreich, Tschechoslowakei von selbst hinreichend vollständig durchsetzen, ohne jeglichen Druck von außen. Anders steht die Sache bei anderen Ländern wie Deutschland, Italien, Japan, Ungarn, Rumänien, Finnland, Bulgarien, Polen, Jugoslawien, Griechenland, Albanien: für die Schaffung wirklich demokratischer Regimes müssen hier möglicherweise verschiedene Maßnahmen von außen in Gang gesetzt werden, d.h. in erster Linie seitens der UdSSR, der USA und Englands. Vor derartiger ‚Einmischung in die inneren Angelegenheiten' anderer Nationen darf man nicht zurückschrecken, weil Demokratie in der Staatsordnung der Länder eine existentielle Garantie eines dauerhaften Friedens ist, und die Hauptaufgabe der Verbündeten nach dem jetzigen Krieg gerade im Aufbau eines neuen, effektiveren Sicherheitssystems in Europa, und selbst außerhalb Europas, besteht. Selbstverständlich müssen in jedem einzelnen Lande die örtlichen Bedingungen und Traditionen beachtet und die Einflussnahme mit taktischen Methoden vollzogen werden, im Geiste des jeweiligen Landes – aber dieser Aufgabe kann man nicht ausweichen".[24]

22 Ebenda, S. 10.
23 Zapiski rukovoditelja Komissii NKID SSSR I.M. Majskogo ... 10. Januar 1944, in: Sovetskij faktor v Vostočnoj Evrope, T. I, Dok. 1, S. 23.
24 Ebenda, S. 36.

Freilich war das Großmachtpolitik – auf der Grundlage einer Anti-Hitler-Koalition, von deren langfristigen Fortbestand die Sowjetunion zunächst ausging – wobei dem Papst wie dem Kaiser gegeben wurde, was des Papstes und des Kaisers ist, d.h. die Sowjetunion wie die Westmächte gingen von der stillschweigenden Anerkennung der jeweiliger Interessengebiete aus.

Was aber wäre eine Alternative dazu gewesen? Hatte die Sowjetunion andere, offensive oder defensive Möglichkeiten? Wie anders wäre das sog. Churchill-Stalin-Agreement, das Papier über die prozentuale Aufteilung des jeweiligen Einflusses und der beiderseitigen Interessen in den Balkanländern, zu erklären, das Churchill bei seinem Besuch in Moskau im Oktober 1944 Stalin zuschob, und welches die Geschichtsschreibung heute eher Stalin als Churchill anlastet?[25] Ihre Großmachtinteressen sicherte die UdSSR zunächst über die gemeinsam mit den USA und Großbritannien mit den ehemals profaschistischen Satelliten-Ländern Rumänien (12.September 1944), Bulgarien (28. Oktober 1944) und Ungarn (20. Januar 1945) abgeschlossenen Waffenstillstandsabkommen, deren Überwachung durch Alliierte Kontrollkommissionen erfolgte, in denen der sowjetische Vertreter die Federführung innehatte.[26] Ein weiterer Schritt zur Sicherung des Einflusses der UdSSR und zur Gestaltung gutnachbarlicher Beziehungen mit ehemals vom Faschismus okkupierten Ländern, die als Verbündete der Anti-Hitler-Koalition galten, bestand im Abschluss von „Verträgen über Freundschaft, gegenseitige Hilfe und Zusammenarbeit nach dem Kriege", die die Sowjetregierung mit der Tschechoslowakei (12. Dezember 1943), mit Jugoslawien (11. April 1945) und Polen (21. April 1945) unterzeichnete. Auch diese Verträge sind im Wortlaut veröffentlicht und festigten natürlich die Positionen der links-demokratischen und prosowjetischen Kräfte in den Nationalregierungen dieser Länder.[27] Sie dienten zugleich der Schaffung einer der Sowjetunion vorgelagerten Sicherheitszone.

---

25 Donal O´Sullivan: „Wer immer ein Gebiet besetzt...". Sowjetische Osteuropapolitik 1943–1947/48, in: Gleichschaltung unter Stalin? Die Entwicklung der Parteien im östlichen Europa 1944–1949, Paderborn, München etc. 2002. S. 57.

26 Diese Dokumente sind im Wortlaut abgedruckt in: Vnešnaja politika Sovetskogo Sojuza v period Otečestvennoj vojny, T. II, Moskau 1946, S. 204–210 (mit Rumänien); S. 284–292 (mit Bulgarien); T. III, Moskau 1947, S. 75–81 (mit Ungarn).

27 Siehe Vnešnaja politika Sovetskogo Sojuza v period Otečestvennoj vojny, T. I, Moskau 1946, S. 428–433 (UdSSR – Tschechoslowakei ); T. III, Moskau 1947, S. 174–178 (UdSSR – Jugoslawien); S. 196–201); desgleichen in: Das Ostpaktsystem. Dokumente, S. 22, 25 ff., 29 ff..

Übrigens hatte Iwan Maiskij in seinem Memorandum ein stark verkleinertes Polen vorgeschlagen, ein Konzept, dem Stalin auf den Konferenzen in Jalta und Potsdam nicht folgte, sondern mit den Westmächten vielmehr eine Westverschiebung der polnischen Grenzen zwischen Curzon-Linie und Oder-Neiße-Linie vereinbarte. Bekanntlich fixierte das Potsdamer Abkommen in den Abschnitten IXa und IXb, „dass bis zur endgültigen Festlegung der Westgrenze Polens, die früher deutschen Gebiete östlich der Linie, die von der Ostsee unmittelbar westlich von Swinemünde und von dort die Oder entlang bis zur Einmündung der westlichen Neiße und die westliche Neiße entlang bis zur tschechoslowakischen Grenze verläuft, einschließlich des Teiles Ostpreußens, der nicht unter die Verwaltung der UdSSR in Übereinstimmung mit den auf dieser Konferenz erzielten Vereinbarungen gestellt wird, und einschließlich des Gebietes der früheren Stadt Danzig, unter die Verwaltung des polnischen Staates kommen und in dieser Hinsicht nicht als Teil der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland betrachtet werden sollen".[28] Der Vorbehalt einer späteren friedensvertraglichen Festlegung hinderte die Alliierten indessen nicht, die Ausweisung der deutschen Bevölkerung aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn zu verfügen. Aus den nunmehr gedruckten sowjetischen Dokumenten (Vostočnaja Evropa v dokumentach rossijskich archivov, Bd. I) geht im Gegenteil zweifelsfrei hervor, dass dazu einvernehmliche britisch-sowjetische Sondierungen unter Vermittlung von Beneš stattgefunden haben, bei denen Beneš im Falle des Verbleibs der deutschen Bevölkerung nachdrücklich die Gefahr eines Bürgerkriegs beschworen hatte.

Zurück zu ordnungspolitischen Aspekten sowjetischer Osteuropapolitik und namentlich zu der vieldiskutierten und strittigen Wegeproblematik für die Nachkriegsentwicklung in Osteuropa: Die Schaffung eines Sicherheitsgürtels befreundeter Staaten um die UdSSR, welcher der Sowjetunion von Anbeginn wesentlichen Einfluss auf die innere Entwicklung ihrer osteuropäischen Nachbarstaaten ermöglichte, ändert nichts daran, dass sie zugleich den Kurs auf „Konsensdemokratie" in diesen Ländern verfolgte und auf eigene, nationale Wege des gesellschaftlichen Fortschritts orientierte, die nicht auf dem Kopieren des Sowjetmodells beruhten und als volksdemokratischer Übergang zum Sozialismus charakterisiert wurde.

Georgi Dimitroff hatte schon im September 1936 vor dem EKKI im Zusammenhang mit den Erfahrungen der spanischen Volksfront erklärt: „Die

28 Potsdamer Abkommen. 2. August 1945, Amtsblatt des Alliierten Kontrollrats in Deutschland. Supplement Nr. 1, Berlin 1946, S. 13ff. Paragraph IXa, IXb.

Spanische Demokratische Republik, für deren Sieg das Volk kämpft, wird nicht die alte demokratische Republik sein, sondern ein besonderer Staat mit einer wahren Volksdemokratie, in dem die Volksfront entscheidenden Einfluss hat ... Theoretisch könnte man das vielleicht richtig als eine besondere Form der demokratischen Diktatur der Arbeiter und Bauern bezeichnen".[29]

Europaweit war 1945 das Bewusstsein ausgeprägt, dass nach dem antifaschistischen Befreiungskrieg der Völker tiefgreifende gesellschaftliche Reformen notwendig seien; der Sozialismus wurde quasi als „Tagesaufgabe" verstanden; Kommunisten waren in mehreren Ländern – so in Frankreich und Italien – an den Regierungen beteiligt. Auf die Vielzahl der Diskussionen über „nationale und demokratische Revolutionen", über „nationale oder demokratische Wege" zum Sozialismus, die gegen Ende des zweiten Weltkrieges unter weltweit veränderten Bedingungen der politischen Kräfteverhältnisse geführt wurden, habe ich bereits in meiner Broschüre „Streit um Dimitroff" verwiesen.[30] Daran nahmen sowohl führende Kommunisten, z. B. Ackermann, Dimitroff, Gomulka, Ibarruri, Togliatti, Lukacs teil, aber auch Sozialisten europäischer Länder teil.

Hier soll nur an die fundierte Auffassung von Georg Lukacs erinnert werden, der„Volksdemokratie als aus der Demokratie herauswachsenden Sozialismus" verstand, welcher Kontinuität zu den bürgerlich-demokratischen Rechten und Freiheiten bewahren sollte und als Übergangsprozess zum Sozialismus eine lange Zeit beanspruchen würde.[31]

Lukacs plädierte für einen „neuen Weg", ein „tertium datur" zwischen radikaler Demokratie und Sozialismus. „Nur wenn alle realen Formen der Abhängigkeit des Menschen vom Menschen, der gesellschaftlichen Ungleichheit und Unfreiheit verschwinden, kann von Demokratie gesprochen werden." Dazu bedürfe es der realen Elemente der *unmittelbaren Demokratie,* denn nur dann handele es sich um reale, humanistische, nicht um liberal-formalistisch verwässerte Demokratie.[32]

Sowohl Dimitroffs „Dnevnik" wie auch die russischen Dokumenteneditionen belegen, dass selbst Stalin bei einem Treffen sowjetischer Partei- und Staatsführer mit verantwortlichen bulgarischen und jugoslawischen Kommu-

29 Zit. nach: Voprosy Istorii KPSS, 1969/3, S. 13.

30 Ernstgert Kalbe: Streit um Dimitroff. Zum Erscheinen der Tagebücher Georgi Dimitroffs, Diskurs. Streitschriften zu Geschichte und Politik des Sozialismus, Heft 8, Leipzig 2001, S. 42f..

31 Georg Lukacs: Gelebtes Leben, Frankfurt/Main 1980, S. 188.

32 Georg Lukacs: Über aristokratische und demokratische Weltanschauung, in: Sinn und Form, 1985. H. 2, S. 363, 378ff.

nisten im Januar 1945 über die Wegeproblematik meditierte. „Vielleicht machen wir einen Fehler, wenn wir denken, dass die sowjetische Form die einzige sei, die zum Sozialismus führt. Es hat sich in der Sache gezeigt, dass die Sowjetform die beste, aber nicht die einzige ist. Es kann auch andere Formen geben – die demokratische Republik und unter bestimmten Bedingungen sogar die konstitutionelle Monarchie".[33] Im September 1946 rät Stalin Georgi Dimitroff zu einem „besonderen Weg zum Sozialismus ohne Diktatur des Proletariats, weil sich die Zeit seit unserer Revolution gründlich verändert hat und es nötig ist, andere Methoden und Formen anzuwenden, nicht die russischen Kommunisten nachzuahmen." Er rät Dimitroff sogar zur Bildung einer „Arbeiter- und Bauernpartei" anstelle der bestehenden Kommunistischen Partei, was wohl eher einer Momenteingebung entsprang, die ohne Folgen blieb.[34]

Die politische Linie einer *„Verständigungsdemokratie"* progressiver und demokratischer nationaler Kräfte, einer *„demokratischen Block-"* oder *„Nationalen Front-Demokratie"* unter repräsentativer Einbeziehung der kommunistischen Parteien verfolgten Stalin, Molotow und Dimitroff bei ihren wiederholten Gesprächen mit führenden polnischen, tschechoslowakischen, ungarischen und rumänischen kommunistischen wie nichtkommunistischen Politikern bis 1946/47, wie jetzt in den russischen Dokumentenbänden nachzulesen ist. Besondere Beispielwirkung erzielte offensichtlich die Haltung des tschechoslowakischen Exil-Präsidenten Edward Beneš. Die Sowjetregierung akzeptierte lange das tschechoslowakische Modell einer nationalen, demokratischen Koalitionsregierung unter Beteiligung von Kommunisten und Sozialdemokraten, indem sie die *„Formel Beneš"* unterstützte, der verkündet hatte, dass „in einer Epoche neuer sozialer und ökonomischer Strukturen ..., der Übergang von der bürgerlichen Demokratie zur Volksdemokratie in jedem Lande auf seinem eigenen Weg verläuft ... Sozialistische Maßnahmen müssen auf friedlichem Wege, ohne Diktatur des Proletariats, verwirklicht werden".[35] In einem Gespräch mit führenden polnischen Politikern am 24. Mai 1946 – mit Bierut, Osubka-Moravski, Gomulka und Kowalski – bezeichnete Stalin die polnische Nachkriegsordnung als *neuen Typ der Demokratie:* Dafür gibt es keinen Präzedenzfall. „Weder die belgische, noch die englische oder französische Demokratie kann Ihnen als Beispiel oder Muster dienen. Ihre Demokratie ist von besonderer Art ... Die Demokratie, die bei ihnen in

33 Georgi Dimitrov: Dnevnik, Sofia 1997, S. 464.
34 Ebenda, S. 533f.
35 Zit. nach: Sovetskij faktor ... Einführung, Bd. I. S. 10f.

Polen, in Jugoslawien und teilweise in der Tschechoslowakei errichtet wurde, das ist eine Demokratie, die Sie dem Sozialismus näherbringt, ohne Notwendigkeit der Errichtung der Diktatur des Proletariats und der Sowjetordnung".[36] Im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen und die Haltung des Führers der Bauernpartei Mikolajczik, bemerkte Stalin, dass „das polnische demokratische Lager um eine Opposition nicht herumkommt, aber dieses Lager braucht eine legale, gezähmte Opposition, d.h. eine solche Opposition, die die Regierung mit legalen Mitteln kritisiert, nicht aber für deren Sturz kämpft. Eine solche Opposition ist für das polnische demokratische Lager nützlich. Sie ist auch deshalb nötig, um Kräfte aus dem Untergrund abzuziehen".[37] Man solle ein Abkommen mit Mikolajczik aber nicht um jeden Preis suchen, sondern auf Kompromissbasis bezüglich der Mandatsverteilung im demokratischen Block, wobei Mikolajczik eventuell 25 Prozent und Kowalskij 15 Prozent der Sitze erhalten könnten.

Diese Bemerkungen wurden vor dem Hintergrund einer geschwächten Bourgeoisie in Polen, der Stärkung des „demokratischen Wahlblocks" und eines differenzierten Umgangs mit der loyalen und feindlichen Opposition gemacht, noch vor dem offenen Zusammenstoß mit dem Londoner Lager.

In Rumänien, das als unmittelbares Kriegshinterland der Roten Armee 1944/45 in erheblichem Maße sowjetische Sicherheitsinteressen berührte, übte die UdSSR einen unzweifelhaften politischen Druck auf die Wandlung der inneren Kräftekonstellation unter Berufung auf internationale Beschlüsse der Alliierten und mit Hinweis auf die mangelnde Erfüllung des Waffenstillstandsabkommens durch die rumänische Seite aus. Die drei berühmten Wyschinskij-Visiten in Bukarest vom November 1944, Februar/März 1945 und Dezember 1945 führten – übrigens nach Gesprächen auch mit dem König und den Chefs der „historischen bürgerlichen Parteien" – zur Stärkung der Linkskräfte (Kommunisten und National-Demokratische Front) in den Übergangsregierungen Sanatescu und Radulescu sowie der Regierung Groza, wahrten aber die Repräsentanz bürgerlicher Kräfte bzw. der „historischen Parteien" (Nationalliberale und Nationalzaranisten) in allen diesen Kabinetten.[38]

Schließlich sei an die Wahlrede Georgi Dimitroffs vom 6. November 1945 in Sofia erinnert: „Das Volk muss sein Wort sprechen, muss es frei spre-

36 Vostočnaja Evropa v dokumentach rossijskich archivov 1944–1953, T. I (1944–1948), Dok. 151, Moskau 1997, S. 457.

37 Ebenda, S. 458f.

38 Tri vizita A.J. Vyšinskogo v Bukurest 1944–1946, Dokumenty rossijskich archivov, Moskau 1998.

chen. Die Wahlen müssen und werden die Grundlagen unserer bulgarischen Demokratie festigen. Das ist keine sowjetische sozialistische Demokratie, aber es ist auch nicht die falsche, verlogene Demokratie Muschanoffs. Sie ist, sie muss und wird eine Volksdemokratie, die Demokratie der Vaterländischen Front sein".[39] Die ausführliche Bezugnahme auf die „Wegediskussion" soll verdeutlichen, dass im Ergebnis einer veränderten Weltlage, die mit dem Sieg über den Faschismus und dem gewachsenen Antifaschismus der Völker, der internationalen Autorität der Sowjetunion und dem gewachsenen Einfluss der kommunistischen Parteien im antifaschistischen Kampf neue, demokratische Formen des Kampfes um gesellschaftlichen Fortschritt und Sozialismus möglich waren.

Die Nachahmung des Sowjetmodells war weder theoretisch angedacht, noch spielten Absichten der Sowjetisierung in der Praxis bis Mitte/Ende 1947 in den kommunistischen Parteien eine Rolle. Im Gegenteil: erstmals existierte eine auf Erfahrungen des Antifaschismus gestützte Strategie langwieriger revolutionär-demokratischer Umwälzungen auf volksdemokratischem Wege, der aber auf halbem Wege durch den beschleunigten Übergang zur sozialistischen Umwälzung abgebrochen wurde. Deshalb gab es jedoch umgekehrt auch keine langfristig angelegten und gründlich durchdachten theoretischen Konzepte für den „sozialistischen Aufbau", der vielmehr auf den Parteitagen der Kommunistischen Parteien 1948/49 im politischen Schnellschuss – kurz vor oder nach der Vereinigung der Sozialdemokraten mit den dominierenden Kommunisten – verkündet wurde, was zur Übernahme des Modells und der Methoden des sowjetischen Sozialismus drängte. Es fällt z.B. auf, dass sich alle damaligen Dokumente des Kominformbüros weniger konstruktiven innenpolitischen Aufgaben zuwenden als vielmehr „defensiven Charakter" gegen außen- und sicherheitspolitische Bedrohungen tragen, was sich zuerst in innenpolitischer Disziplinierung und Repressionen in den volksdemokratischen Ländern niederschlug.

## IV. Internationale Konfrontation, „Kalter Krieg" und Lagerdenken

Im Übergang der Jahre 1947/48 hatte sich die Situation gravierend verändert. Mit dem Zerbrechen der Anti-Hitler-Koalition und der Konfrontation der ehemals verbündeten Großmächte in der internationalen Politik – nicht zuletzt in der Deutschlandfrage, die hier nicht Gegenstand ist – sowie mit dem politischen Denken in Lagerkategorien wurde nunmehr eine Disziplinierung

39 Georgi Dimitroff: Ausgewählte Schriften, Band 3: 1935–1948, Berlin 1958, S. 256.

sowohl der kommunistischen Parteien wie der volksdemokratischen Länder unter sowjetischer Hegemonie durchgesetzt, die mit dem Überstülpen des Sowjetmodells auf die osteuropäischen Länder, und mit ihrer – je nach Lage verschieden ausgeprägten – Sowjetisierung endete. Die vormals tolerierten, ja ausdrücklich begründeten „nationalen Wege zum Sozialismus" wurden nunmehr zunehmend als „nationalistisch" und „antisowjetisch", „opportunistisch" und „revisionistisch" verketzert, wobei bisherige Bündnispartner in den Nationalen Fronten ausgegrenzt, Machtkämpfe und gegenseitige Denunziationen in den kommunistischen Parteien ausgelöst und die bedingungslose Unterordnung unter die Politik der Sowjetunion durchgesetzt wurden. Das politische Klima wurde immer mehr von gegenseitigen Verdächtigungen, Misstrauen, hypertrophierten Sicherheitsängsten und Verfolgungen in den eigenen Reihen und gegen gestrige Verbündete geprägt. Auch darüber liefern die genannten Dokumentationen zahlreiche Beispiele. Das war unweigerlich mit zunehmenden gesellschaftlichen Deformationen im Prozess einer forcierten sozialistischen Umgestaltung verbunden.

Es ist hier nicht der Platz, die Ursachen für den Übergang zum „Kalten Krieg" aufzuhellen. Die internationale Umbruchssituation der Jahre 1947/48/49 resultiert aus vielen Faktoren: aus Interessenkonflikten der Großmächte, aus der imperialistischen Containment- und bald auch einer „Roll back-" und direkten Angriffspolitik gegen progressive Bewegungen (z.B. Griechenland), sicher auch aus einer bei revolutionären Kräften gegebenen Überschätzung noch vorhandener Möglichkeiten und realer Potenzen zur Ausweitung antiimperialistischer Umwälzungen. Das wurde schon mit dem Ausscheiden der kommunistischen Koalitionspartner aus den italienischen und französischen Nachkriegsregierungen im Mai 1947, jedoch spätestens mit der Niederlage des griechischen Partisanenkriegs von 1946/49 unter General Markos offensichtlich, der wesentlich von Jugoslawien unterstützt wurde.

Sicher trifft zu, dass die Westmächte die Initialzündung des „Kalten Krieges" auslösten, als sie mit der Fulton-Rede Churchills am 5. März 1946, der Byrnes-Rede am 6. September 1946 in Stuttgart, dem für Osteuropa an Bedingungen geknüpften Marshall-Plan vom Juni 1947, der Truman-Doktrin vom 12. März 1947, den von Kennan im Juli 1947 formulierten Ziele der US-amerikanischen Außenpolitik die Kooperation mit der Sowjetunion direkt aufkündigten und zur Konfrontation übergingen. Gewiss haben auch das Scheitern der Moskauer Außenministerkonferenz im März/April 1947 zum Deutschlandproblem und die Londoner Separatkonferenz der USA, Großbritanniens und Frankreichs über Deutschland im August 1947, ebenso wie die

permanente westliche Sechsmächtekonferenz im ersten Halbjahr 1948 zur Deutschlandfrage oder die Brüsseler Fünfmächtekonferenz vom März 1948 zur Bildung der Westunion zum Konfrontationskurs beigetragen.[40] Unzweifelhaft spielen aber auch die Gründung des Kominformbüros durch Vertreter von neun Kommunistischen und Arbeiterparteien, darunter der italienischen und französischen KP, die osteuropäische Blockbildung 1947/49 und die weitgehende Ausschaltung der bürgerlichen Opposition in den volksdemokratischen Ländern eine konfliktverschärfende Rolle.

Mit dem Kurswechsel der Sowjetunion auf außenpolitische Abgrenzung von den Westmächten sowie mit einer sowjetische Osteuropapolitik, die auf Disziplinierung der Volksdemokratien und auf regionale Blockbildung, auf „Bolschewisierung" der im Laufe des Jahres 1948/49 „Vereinigten Arbeiterparteien" und den raschen Übergang zum Aufbau des Sozialismus nach sowjetischem Vorbild abzielte, erschöpften sich die Möglichkeiten nationaler bzw. volksdemokratischer Wege zum Sozialismus weitgehend. An seine Stelle traten konfrontatives Lagerdenken und das sowjetische „Grundmodell" des Sozialismus. Auf der Gründungskonferenz des Kominformbüros im September 1947 brachte A. A. Shdanow diese Situation auf die Formel: „Je größer die Periode ist, die uns vom Kriegsende trennt, desto krasser treten zwei Hauptrichtungen in der internationalen Nachkriegspolitik hervor, die der Teilung der in der Weltarena aktiven politischen Kräfte in zwei Hauptlager entspricht: das imperialistische und antidemokratische Lager einerseits und das antiimperialistische und demokratische Lager andererseits. Die führende Hauptkraft des imperialistischen Lagers stellen die USA dar. ... Die antiimperialistischen und antifaschistischen Kräfte stellen das andere Lager dar. Die Grundlage dieses Lagers bilden die UdSSR und die Länder der neuen Demokratie. Ihm gehören ferner solche Länder an, wie Rumänien, Ungarn und Finnland, die mit dem Imperialismus gebrochen und fest den Weg der demokratischen Entwicklung beschritten haben".[41]

Diese Einschätzung ist bekannt. Wirklich *neu* zur Rolle des Kominformbüros als einer faktisch neuen internationale Partei sind jetzt zugängliche russische Dokumente über das Statut des Informationsbüros kommunistischer

40 Die sowjetische Deutschlandpolitik bedarf einer gesonderten Aufarbeitung, die hier nicht möglich ist, aber durch die dreibändige Dokumentenedition des Verlags Dunker und Humblot aus dem Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation unter dem Titel ‚Die UdSSR und die deutsche Frage 1941–1948' auf solider Quellenbasis bearbeitet werden kann.

41 Referat A.A. Shdanows über die internationale Lage, in: Tägliche Rundschau, Nr. 249 vom 24. Oktober 1947.

Parteien, das von der Kominform-Tagung im November 1949 beschlossen wurde und vor der Sekretariatssitzung des Kominformbüros im Juni 1949 als „Projekt der KPdSU“ von Suslow, Grigorjan, Ponomarjow und Baranow an Stalin zur Begutachtung unterbreitet wurde.[42] Das detaillierte Statutenprojekt der KPdSU stützte sich auf einen vorherigen kurzen 6-Punkte-Vorschlag von Jaques Duclos.

Außerdem liegt nunmehr ein Schema für die Führung von Dossiers über die Kommunistischen und Arbeiterparteien der volksdemokratischen Länder vor, ebenfalls von Ende 1949, das in 14 Kategorien Material über alle Bereiche der Tätigkeit der Parteien, den Staatsaufbau und die Staatsorgane der betreffenden Länder, einschließlich wichtiger Personalien sammelt und systematisiert sowie einen Verteiler von Materialien beifügt.[43] Das Statut regelt in fünf römischen Paragraphen 1. Ziele und Aufgaben des Informbüros, 2. Mitgliedschaft, 3. Rechte und Pflichten der Mitgliedsparteien, 4. Leitende Organe und 5. Finanzielle Mittel des Informbüros.

Hier sollen einige Bestimmungen wiedergegeben werden: Das Informationsbüro wird als „freiwillige internationale Vereinigung Kommunistischer Parteien“ charakterisiert, „die den Erfahrungsaustausch zwischen den Parteien organisiert und erforderlichenfalls ihre Tätigkeit im Interesse der Festigung einer einheitlichen sozialistischen Front und des erfolgreichen Aufbaus des Sozialismus sowie des weiteren Zusammenschlusses der antiimperialistischen Kräfte in der Welt zum Kampf gegen die Kräfte der Reaktion und des Imperialismus koordiniert“. Mitglied des Informbüros können Kommunistische und Arbeiterparteien sein, „die auf den Positionen des Marxismus-Leninismus stehen, den Prinzipien des Internationalismus treu sind und aktiv für die Sache der Arbeiterklasse und aller Werktätigen, für die Sache des Kommunismus kämpfen“. Die Rechte und Pflichten der Mitglieder des Kominformbüros bestehen darin, erstens, „a) an den Beratungen und den Leitungsorganen des Informbüros gleichberechtigt teilzunehmen, b) bei den Beratungen und in der Presse des Informbüros die Tätigkeit beliebiger Bruderparteien zu kritisieren, c) die persönliche Anwesenheit seiner Vertreter in den entsprechenden Organen in allen Fällen zu verlangen, in denen im Informbüro über die Analyse der Tätigkeit der entsprechenden Partei beraten wird, d) seine Fragen in die Tagesordnung der Beratungen des Informbüros einzubringen und seine Vorschläge für die praktische Tätigkeit des Sekretariats und der Beratungen des

42 Vostočnaja Evropa v dokumentach rossijskich archivov 1944–1953, T. II (1949–1953), Moskau 1998, Dok. 42, S. 132–136.

43 Ebenda, Dok. 89, S. 278–282.

Informationsbüros zu unterbreiten". Zweitens sind die Mitgliedsparteien verpflichtet, „a) unermüdlich für die Reinheit der Lehre von Marx-Engels-Lenin-Stalin zu kämpfen, b) die Einheit ihrer Reihen im unversöhnlichen Kampf gegen Opportunismus, Doppelzüngigkeit, Fraktionismus und kleinbürgerlichen Nationalismus zu bewahren, c) das Statut des Informbüros einzuhalten und seine Beschlüsse ins Leben umzusetzen, d) das Sekretariat des Informbüros über die fortlaufende Tätigkeit der Partei systematisch zu informieren, e) Mitgliedsbeiträge im festgelegten Umfang zu entrichten".[44] Außerdem regelt das Statut die Struktur, Aufgaben und Zusammensetzung der Leitungsgremien des Kominformbüros, einschließlich seines Sekretariats als dessen ständiges Arbeitsorgan sowie der Kanzlei des Sekretariats.

Betrachtet man die Paragraphen des Statuts detailliert, wird klar, dass es sich um eine internationale Partei auf der Basis des demokratischen Zentralismus handelt. Übrigens spricht die Mitgliedschaft der KP Italiens und Frankreichs dafür, dass bis zur Gründung des Kominformbüros auf antiimperialistische Umwälzungen in diesen Ländern gehofft wurde. Das Kominformbüro erlangte berüchtigte Berühmtheit im Zusammenhang mit dem Jugoslawienkonflikt, der hier nicht abgehandelt werden kann, zu dessen Zusammenhängen ich mich auf der Grundlage der bulgarischen Ausgabe des Tagebuchs von Dimitroff (Dnevnik) schon in der Leipziger Diskursreihe, Heft 8 (2001) „Streitschriften zur Geschichte und Politik des Sozialismus" zum Thema „Streit um Georgi Dimitroff" geäußert habe.[45]

Im Hintergrund des 1948 offen ausgebrochenen Konflikts zwischen der sowjetischen und jugoslawischen Führung, in den auch die Kominformparteien der volksdemokratischen Länder hineingezogen wurden, standen, erstens, das berechtigte Selbstbewusstsein der jugoslawischen Kommunisten, die einen erfolgreichen antifaschistischen Befreiungskrieg geführt hatten und auch in der Nachkriegszeit keine sowjetische Bevormundung akzeptierten; zweitens, differierende Vorstellungen über Wege und Inhalte einer zunächst allseits (auch von Stalin) angestrebten Balkanföderation – zwischen Jugoslawien, Bulgarien und Albanien – was schließlich Unmut und Kritik über deren politische Dimension in der Sowjetführung auslöste, aber auch Meinungsverschiedenheiten zwischen Tito und Dimitroff verursachte; drittens, schließlich politische Differenzen über den konkreten innen- und außenpolitischen Kurs der jugoslawischen Führung, die rasche sozialistische Umwälzungen forcier-

44 Vostočnaja Evropa v dokumentach rossijskich archivov, T. II, S. 134f.

45 Ernstgert Kalbe: Streit um Georgi Dimitroff. Zum Erscheinen der Tagebücher Georgi Dimitroffs, Leipzig 2001, S. 35–41.

te (quasi ganz im sowjetischen Stile) und weitgehende territoriale Vorstellungen – bezüglich Triest, Ungarn, Albanien und Griechenland – hegte. Das musste negative Auswirkungen auf die internationale Politik der Sowjetunion gegenüber den Westmächten haben.

Die Dokumente sowohl zu Anfang und Ende der Balkanföderation als auch zum Jugoslawienkonflikt in den russischen Dokumentenbänden wie auch im „Dnevnik" (Tagebuch) Georgi Dimitroffs sind eine wahre Fundgrube und bedürfen gesonderter Erörterung. Immerhin war eine bulgarisch-jugoslawische Balkanföderation – sogar unter Einbeziehung Albaniens – mit dem sog. „Vergleich von Bled" am 1. August 1947 schon bis zu konkreten Abkommen zum Grenzregime, zur Zollunion, zum Eisenbahnverkehr, zur Währungsparität, zur Wirtschaftskooperation und zur Zusammenarbeit der Sicherheitsorgane beider Länder gediehen, ehe die Kritik Stalins an Plänen Dimitroffs zur Ausdehnung der Föderation auf weitere Länder im Februar 1948 das ganze Projekt zum Scheitern brachte.

Viele der auf diese Probleme bezogenen Dokumente sind im Geist politisch-ideologischer Anklagen und gegenseitiger Beschuldigungen gehalten, was Nährboden für unsägliche Intrigen und Konfrontationen schuf. Hier nimmt auch die bekannte Kritik Stalins am „Revisionismus" und „Nationalismus" der Jugoslawen sowie im Februar 1948 sogar an der Person Dimitroffs, und nachfolgend an der BAP(K), der KPJu und führenden Parteifunktionären der KPs aller volksdemokratischen Länder ihren Anfang. Trotz des alternativlosen Einschwenkens Georgi Dimitroffs auf die sowjetische Kritik, die er offenbar schweren Herzens annahm, verteidigte Dimitroff jedoch seinen engen Mitstreiter Trajtscho Kostoff, der im Zentrum der Angriffe Stalins stand. Sogar auf dem V. Parteitag der BAP(K) im Dezember 1948 wurde Kostoff noch für die Wahl ins ZK und Politbüro nominiert. Das rettete Kostoff nicht, der – während Dimitroffs Krankheit – im Juni 1949 wegen „Titoismus" verhaftet und nach einem Schauprozess im Dezember 1949 hingerichtet wurde. Die spätere Pressebehauptung jedoch, Dimitroff habe sich im Mai 1949 von Kostoff distanziert, ist eine schlichte Fälschung, denn Dimitroff konnte krankheitshalber seit Anfang Februar 1949 selbst keine Einträge mehr in sein Tagebuch machen und befand sich seit 7. März 1949 in ärztlicher Behandlung im Sanatorium „Barwicha" bei Moskau, in dem er am 2. Juli 1949 verstarb – Monate vor dem Schauprozess gegen „Kostoff und seine Gruppe".[46]

46 Ebenda, S. 45f.

Generell bleibt festzuhalten, dass mit der Veränderung der internationalen Situation seit 1947/48 ein Kurswechsel der sowjetischen Osteuropapolitik einherging. Für die Übertragung der „allgemeingültigen sowjetischen Erfahrungen“ auf die Volksdemokratien, die uneingeschränkte Durchsetzung der sowjetischen Hegemonialrolle im „Lager des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus“, für die bedingungslose Disziplinierung der kommunistischen Parteien spielte der Kampf gegen den „jugoslawischen Nationalismus und Revisionismus“ die Rolle eines wichtigen politischen Katalysators.

Das war ein Paradigmenwechsel mit tragischen und irreparablen Folgen, die letztlich wesentlich zur Implosion des Realsozialismus beitrugen.

## V. Bolschewisierung der Kommunistischen Parteien und Überstülpen des Sowjetsystems

Die ursprünglich von der sowjetischen Führung mitgetragene Orientierung auf demokratische, friedliche und nationale Wege und Formen des Übergangs zum Sozialismus wurde seit 1947/48 sogar rückwirkend desavouiert und ihre Verfechter verurteilt. Der Kurs auf den „beschleunigten Aufbau des Sozialismus“ nach sowjetischem Vorbild führte zu einer Praxis des „verschärften Klassenkampfes“, verengte die soziale Basis der volksdemokratischen Umwälzung und war begleitet von der „Entlarvung imperialistischer Agenten“ in den eigenen Reihen, der „Enthüllung von Verschwörungen“ und Spionen unter gestrigen Verbündeten, z.B. Petkovs und Lultschews in Bulgarien, Tatarescus und Petrescus in Rumänien, von Ference Nagy und Imre Kovacs sowie Peyer und Szelig in Ungarn.

Innerhalb der kommunistischen Parteien entbrannte ein Machtkampf um politische Orientierung und Einfluss, der sich nun gegen Verfechter „nationaler Wege“, „Revisionisten“, „Nationalisten“ und „Opportunisten“ richtete, und zu „Säuberungen“ führte, die häufig von Kadern aus dem Moskauer Exil gegen Funktionäre der früheren Inlandsleitungen inszeniert wurden, und der 1948/49 in konstruierte Prozesse gegen leitende KP-Funktionäre mündete, die zu Höchststrafen verurteilt wurden. Das Verbrechen dieser Schauprozesse richtete sich nicht nur gegen Gomulka in Polen, Slansky in der Tschechoslowakei, Rajk in Ungarn, Lukacs in Rumänien und Kostoff in Bulgarien, sondern betraf eine Vielzahl ihrer unmittelbaren Mitstreiter und Hunderte ihrer Mitarbeiter und Anhänger auf hoher und mittlerer Ebene. Es schienen sich die sowjetischen Schauprozesse zu wiederholen, die in den 30er Jahren einen Großteil der Leninschen Garde sowie der gewählten Mitglieder des ZK der

KPdSU betrafen und zu Höchststrafen verurteilten.[47] Die Sowjetführung, sowjetische Sicherheitsdienste, Militärs, Diplomaten und politische Berater waren daran teils mittelbar, teils unmittelbar beteiligt. Eine Flut von Berichten, Denunziationen, Verdächtigungen, Verleumdungen ergossen sich in die unterschiedlichsten sowjetischen Dienststellen und sind heute in den genannten russischen Dokumenteneditionen nachzulesen.

Besonderes Gewicht haben z.B. zwei Berichte über „Abweichungen" in der Politik der PPR und KPTsch vom 5. April 1948, die führende Mitarbeiter der Abteilung Außenpolitik des ZK der KPdSU an Michail Suslow schrieben,[48] nachdem schon seit Juni 1947 entsprechende Vorberichte eingegangen waren, die von Unterschätzung des Klassenkampfes, Überschätzung der parlamentarischen Arbeit, Vernachlässigung der Wachsamkeit, ungenügender Arbeit auf dem Dorfe etc. sprachen.[49] Im Bericht von L. Baranow u. a. an Suslow „Über einige Fehler der KPTsch" vom 5.April 1948 werden als wesentliche Fehler genannt: „die Orientierung in Theorie und Praxis auf einen besonderen friedlichen Weg zum Sozialismus ohne Opfer und Klassenkampf, was auf das friedliche Hinüberwachsen des Kapitalismus in den Sozialismus hinausläuft; die weite Verbreitung parlamentarischer Illusionen in der Partei, die Überschätzung parlamentarischer Kampfformen und die Unterschätzung der Arbeit unter den Massen; das sozialdemokratische Herangehen an den Parteiaufbau, die Absage an bolschewistische Organisationsprinzipien beim Aufbau der KPTsch ...; die Geringschätzung der Lenin-Stalinschen Lehre in der nationalen Frage, wobei die KPTsch ihre Politik in der nationalen Frage den Stimmungen der rückständigen nationalistischen Elemente der tschechischen Bevölkerung anpasst; die Führung der KPTsch, die ein wissenschaftliches Programm in der Bauernfrage weder ausgearbeitet hat noch darüber verfügt, beschränkt sich auf die Durchführung nur von Einzelmaßnahmen, die die Grundlagen des Kapitalismus im Dorfe nicht untergraben. ...".[50] Daraus wird ein Fazit gezogen, das nur als Absage an volksdemokratische Wege

47 Dazu legt die Monographie Moskva i Vostočnaja Evropa. Stanovlenie političeskich režimov sovetskogo tipa. 1949 – 1953. Očerki istorii, hrsg. von A. F. Noskova (otv. red.), Moskau 2002, in gesonderten Kapiteln über die zwei Repressionswellen von 1948–1950 gegen „Titoisten, Trotzkisten und Nationalisten" (S. 495–546) sowie von 1951–1953 gegen „amerikanisch-zionistische Agenturen" (S.547–576) neues, auf Dokumente gestütztes Material vor, das weit über unsere bisherigen Kenntnisse hinausreicht.

48 Vostočnaja Evropa v dokumentach rossijskich archivov, T. I, S. 814ff. (Dok. 272 über die PPR), S. 831ff. (Dok. 274 über die KPTsch).

49 Siehe z. B. ebenda, Dok. 219, S. 649f. (Bericht über die Situation in der SR).

50 Ebenda, Dok. 274, S. 831.

und Besonderheiten des Übergangs zum Sozialismus verstanden werden kann: „Die Errichtung des neuen volksdemokratischen Regimes in der Tschechoslowakei und die Bildung einer Koalitionsregierung der Nationalen Front der Tschechen und Slowaken (in die 1945 erstmals mit bürgerlichen Parteien auch die Kommunistische Partei eintrat), die tiefen Veränderungen in der politischen und ökonomischen Struktur des tschechoslowakischen Staates ( ... ), – all das rief in den Reihen der Kompartei und bei ihren Führern Illusionen über die „Leichtigkeit" des Sieges des Sozialismus in der Tschechoslowakei auf friedlichem Wege hervor, ohne Opfer und Klassenkampf".[51]

In der „Spravka" über „antimarxistische ideologische Positionen der Führung der PPR" vom 5. April 1948, wiederum von L. Baranow u.a. an M. Suslow gerichtet, werden verschiedene Aussagen W. Gomulkas u.a. auf dem I. Parteitag der PPR und nachfolgender Plenen des Zentralkomitees aufgelistet und daraus geschlussfolgert, dass „in Polen nationalistische Tendenzen auftreten, die von einem unfreundlichen Verhalten gegenüber der UdSSR zeugen, vor allem in Form des Verschweigens der Erfahrungen und Erfolge der Sowjetunion beim sozialistischen Aufbau".[52] Dem Bericht zufolge bilde für die Führung der PPR die These von den prinzipiellen Unterschieden in der Entwicklung Polens und der Sowjetunion den Ausgangspunkt für die „Anpassung an den Nationalismus". W. Gomulka habe schon am 30. November 1946 vor dem Warschauer Parteiaktiv von PPR und PPS erklärt: „Der erste Unterschied besteht darin, dass die gesellschaftlich-politischen Veränderungen in Russland auf dem Wege einer blutigen Revolution verwirklicht wurden, bei uns aber – auf friedlichem Wege.

Der zweite Unterschied äußert sich darin, dass die Sowjetunion eine Etappe der Diktatur des Proletariats durchlaufen musste, es bei uns aber eine solche Etappe nicht gibt, sie vermieden werden kann. Der dritte Unterschied, der die Besonderheiten des Entwicklungsweges beider Länder charakterisiert, besteht darin, dass die Macht in der Sowjetunion durch Deputiertenräte ausgeübt wird, d.h. Räte, die eine Form sozialistischer Herrschaftsmethoden darstellen, in denen gesetzgebende und exekutive Funktionen vereinigt sind. Bei uns aber sind die legislativen und exekutiven Funktionen getrennt und die Staatsmacht stützt sich auf die parlamentarische Demokratie".[53] Schließlich wirft der Bericht Gomulka und der polnischen Parteiführung vor, dass sie die entscheidende Rolle der Sowjetunion und der Roten Armee für die Entwick-

51 Ebenda, S. 832.
52 Vostočnaja Evropa v dokumentach rossijskich archivov, T. I (1944–1948), Dok. 272, S.815
53 Ebenda.

lung in Polen unterschätzt, was günstige Bedingungen für den Sieg der polnischen demokratischen Ordnung geschaffen habe. „Die Analyse der vergangenen Ereignisse beweist, dass die Errichtung und Festigung des volksdemokratischen Regimes in Polen unter Bedingungen eines scharfen Klassenkampfes verlief, dass nur die Anwesenheit der Sowjetarmee in Polen den entscheidenden Umschwung im Kampf zwischen den Kräften der Demokratie und der Reaktion zugunsten der Demokratie gesichert hat".[54]

Der weitere Verlauf der Auseinandersetzungen um die Politik der polnischen Partei und speziell Gomulkas ist weithin bekannt. Gomulka blieb auf dem Vereinigungsparteitag formal ZK-Mitglied, wurde später (2. August 1951) verhaftet und der I. Parteitag der vereinigten PZPR (PVAP) im Dezember 1948 bekannte sich zum Marxismus-Leninismus und den Stalinschen Lehren des sozialistischen Aufbaus. Interessant ist aber, dass Gomulka das Feld nicht kampflos räumte. In einem Brief an Stalin vom 14. Dezember 1948 bittet er Stalin, die polnischen Genossen davon zu überzeugen, ihn nicht für die Kandidatenliste zur Wahl ins Politbüro der PVAP aufzustellen, wovon ursprünglich die Rede war. „Nach meiner Meinung gab es zwei Wege der Durchführung von Kritik und Selbstkritik meiner Fehler. Der erste, den ich für den richtigsten gehalten hätte, wäre die Ausübung von Kritik und Selbstkritik prinzipiell nur in den Parteiinstanzen gewesen, vor denen ich meine fehlerhaften Auffassungen vorgetragen bzw. vor denen ich in der Diskussion mit den Genossen meine Gedanken bei der Erörterung einiger Fragen unrichtig formuliert habe. ... Dieser Weg hätte mir die Möglichkeit gegeben, nach meinem Abgang als Generalsekretär im Politbüro zu bleiben. Offensichtlich wurde dieser Weg abgelehnt. Es gab auch einen anderen Weg, vermittels dessen die Kritik und Selbstkritik geübt werden konnte, und den das Politbüro gewählt hat. Dieser Weg, nämlich die öffentliche Anerkennung meiner Fehler (bei eindeutiger Tendenz ihrer Übertreibung) und meine Darstellung vor der gesamten Partei als Angeklagter, ungeachtet dessen, dass ich meine fehlerhaften Ansichten lediglich in den höchsten Parteiinstanzen geäußert habe, und angesichts dessen, dass meine Fehler prinzipiell die politische Generallinie unserer Partei nicht verletzt haben, wie auch die seitens des Politbüros zugelassenen verleumderischen Angriffe auf mich durch Parteimitglieder, haben zu dem Ergebnis meiner moralischen Vernichtung und zur Untergrabung meiner Autorität geführt, und mussten dazu in solchem Maße führen, dass mein Verbleib auf führenden Posten in der Partei für mich unmöglich

54 Ebenda, S. 816.

wurde, zumindest für einen längeren Zeitabschnitt".[55] In der Tat kehrte Gomulka 1956 in die Funktion des Generalsekretärs der PVAP zurück.

Die in den veröffentlichten Dokumenten dutzendfach belegten Verfolgungen, Verleumdungen und Repressionen gegen bewährte und exponierte kommunistische und sozialistische Funktionäre, aber auch gegen demokratische, antifaschistische Politiker erfolgte – wohlgemerkt – unter aktiver Mitwirkung von führenden Funktionären aus den eigenen Reihen der osteuropäischen Länder, die im Gerangel um Machtpositionen – oder auch zur Rettung der eigenen Haut – alle moralischen Normen über Bord warfen. Ein trauriges Kapitel, das man nicht nur den sowjetischen Organen zuschreiben kann.

Zu Beginn der 50er Jahre verschärfte sich nochmals die Repressionswelle gegen Partei- und Staatsfunktionäre, gegen angebliche Spione und Agenten, aber auch gegen Emigrantenorganisationen und nationale Minderheiten. Nur als Beispiele: In Rumänien führte die Kampagne gegen „jüdische bürgerliche Nationalisten" und Zionisten noch Anfang 1953 nicht nur zu Prozessen gegen Vasile Luka und Ana Pauker, sondern auch zur (Selbst-)Auflösung bzw. zum Verbot von elf gesellschaftlichen Organisationen und nationalen Komitees, darunter der rumänischen „Pflügerfront", des „Griechischen Demokratischen Komitees", des „Bulgarischen Demokratischen Komitees", des „Albanischen Demokratischen Komitees", des „Demokratischen Komitees der tatarischen und türkischen Bevölkerung", des „Demokratischen Komitees der armenischen Bevölkerung", des „Demokratischen Komitees der serbischen Bevölkerung", des „Demokratischen Komitees der jüdischen Bevölkerung", des „Deutschen Antifaschistischen Komitees", des Ungarischen „Volksbundes", und sogar des „Demokratischen Komitees der russischen und ukrainischen Bevölkerung" in Rumänien.[56]

Schon früher hatte es in anderen Ländern sogar begrenzte Umsiedlungen nationaler Minderheiten aus Grenzregionen in das Landesinnere gegeben, z. B. ethnischer Ungarn aus der Slowakei in mährische Gebiete.

Übrigens beinhalten die veröffentlichten Dokumente auch sehr konkrete Angaben zur Zahl, den Aufgaben und den Wirkungsbereichen sowjetischer Berater und Spezialisten in den Ländern der Volksdemokratie. Zum Beispiel wird für Oktober 1949 aufgelistet, dass in den osteuropäischen Ländern insgesamt 293 nach Rang und Vollmachten differenzierte und auf die einzelnen Länder verteilte sowjetische Spezialisten tätig waren, darunter 214 Ingenieu-

55 Ebenda, Dok. 307, S. 938.

56 Siehe die Dokumente 313 und 321 in: Vostočnaja Evropa v dokumentach rossijskich archivov, T.II (1949–1953), S. 871 ff., S. 894 ff.

re und Techniker, 61 hohe Militärberater und 18 Zivilberater.[57] Im Jahre 1949 wurden in die volksdemokratischen Ländern systematisch sowjetische Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit delegiert, meistens sogar auf Anforderung entsprechender Institutionen dieser Länder, die an den Repressionen gegen Parteikader beteiligt waren, so z.B. die hohen Offiziere Schwarzman (Tschernow) und Lichatschow in Bulgarien gegen Kostoff, oder Belkin und Makarow in Ungarn gegen Rajk. Seit der Jahreswende 1949/50 befanden sich namentlich bekannte Generale als ständige Repräsentanten des MGB (KGB) in Bulgarien (Filatow), in Rumänien (Sacharowski), in Ungarn (Kartaschow), in Polen (Dawydow, Besborodow, Bojarski), in der Tschechoslowakei (Lichatschow, Makarow, dann Bojarski und Bestschastnow), die ständigen Zugang zu den Partei- und Staatsführungen hatten.[58]

Im Frühjahr 1950 empfahl das Politbüro des ZK der KPdSU Kontakte der Auslandsaufklärung der UdSSR zu entsprechenden Organen in den volksdemokratischen Ländern aufzubauen, woraufhin ab Juni 1950 dort hohe Offiziere als Vertreter des „Komitees für Information" etabliert wurden: Skljarenko in Polen, Filippow in der ČSR, Filatow in Ungarn, Aleksandrow in Bulgarien, Spandarjan in Rumänien und Glaskow in Albanien. Seit 1950/51 wurde das Institut sowjetischer Militärberater in den Armeen der volksdemokratischen Länder eingerichtet, zuerst nur bei den Ministerien für Verteidigung: die Generale Petruschewski in Bulgarien, Kolganow in Rumänien, Gusew in der ČSR, Benski in Polen, Prokowjew und Bojko in Ungarn, sowie Lebedew in Albanien. Später, bis zum Jahre 1953/54, wurden sowjetische Militärberater bei Divisionen, Korps, Regimentern, selbst in Brigaden und manchmal sogar in Bataillonen installiert.[59] In der Armee Polens waren z.B. Anfang 1950 130 Militärberater im Generalstab, in der Militärakademie, in der Intendantur, in der Politverwaltung- und Kaderverwaltung, sowie im Heer, der Luftflotte und Marine eingesetzt. Ende 1950 waren für diese Dienste 84, im Jahre 1951 – 96 und 1952 – noch 68 Offiziere abkommandiert.[60] Schließlich wurde 1951/52 der sowjetische Beraterdienst mit Offizieren und Ingenieuren auch im militärtechnischen Bereich und für die Entwicklung der Rüstungsindustrie eingeführt.

---

57 Vostočnaja Evropa v dokumentach rossijskich archivov, T. II (1949–1953), Dok. 80, S. 250–253.

58 Moskva i Vostočnaja Evropa. Stanovlenie političeskich režimov sovetskogo tipa (1949–1953), Moskau 2002, S. 523–527, besonders S. 525.

59 Ebenda, S. 632f.

60 Ebenda, S. 633.

Erst nach Stalins Tod und der Verhaftung Berijas im Juni 1953 wurde die Institution der sowjetischen Militärberater sowie der Spezialisten in anderen Bereichen allmählich zurückgefahren, nachdem deren professionelles Niveau mitunter als unzureichend beurteilt wurde und Zweifel an der Effektivität dieser Dienste aufkam – sowohl in der sowjetischen Führung wie in den Regierungen der Partnerländer. Offensichtlich gestalteten sich die Zusammenarbeit und die Beziehungen zwischen den nationalen Kadern und den sowjetischen Beratern – besonders in der Tschechoslowakei und Polen – häufig kompliziert und führten wiederholt zu Kompetenzgerangel. Am 23. Juni 1953 beklagte Berija in einer Mitteilung an Malenkow, dass „wir ungenügend über die wirkliche ökonomische und politische Lage in den Ländern der Volksdemokratie informiert sind. Die Ratschläge, die unseren Freunden gegeben werden, sind episodisch und unsystematisch, in manchen Fällen nicht abgestimmt mit den wirtschaftlichen und politischen Aufgaben der Länder der Volksdemokratie und der Sowjetunion. Mehr noch, man muss direkt sagen, dass unsere Ratschläge nicht immer zweckmäßig waren".[61] Die Institution der Berater wurde zwar 1953 bis 1955 noch weitergeführt, erst nach den polnischen und ungarischen Ereignissen 1956 wurde ihre Tätigkeit eingestellt.

Obwohl die Kritik am Personenkult um Stalin relativ rasch nach seinem Tod begann, wurden die gesellschaftlichen Wurzeln für die Entartung des Sowjetsystems selbst auf dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 nicht konsequent aufgedeckt oder überwunden, obwohl dieser Parteitag ein mutiger Schritt in Richtung einer Reformierung des Sowjetsystems war. Der einsetzende Prozess der Entstalinisierung hatte innere wie äußere Aspekte. Er bewirkte einerseits die schrittweise Aufhebung von Strafurteilen gegen repressierte Funktionäre, Spezialisten und nationale Minderheiten und führte andererseits zu einer veränderten Form der Zusammenarbeit der sozialistischen Länder, die in der Auflösung des Kominformbüros im April 1956 und in der Erklärung der Sowjetregierung vom Oktober 1956 über die Grundlagen der Beziehungen der sozialistischen Länder zum Ausdruck kam. Die krisenhafte Entwicklung und die Aufstände in Polen und Ungarn im Herbst 1956 riefen jedoch die orthodoxen Kräfte auf den Plan und drängten reformerische Bestrebungen Schritt für Schritt zurück. So blieb die Frage nach den Ursachen gesellschaftlicher Deformationen des Sowjetsystems unbeantwortet und die politischen und ökonomischen Defizite des etatistisch-bürokratischen Staatssozialismus wurden nicht überwunden.

61 Vostočnaja Evropa v dokumentach rossijskich archivov, T. II (1949–1953), S. 918f.

*

Deshalb schließlich einige wenige Bemerkungen zum *sowjetischen Modell des Staatssozialismus* und zu seiner Übertragung auf die Volksdemokratien: Wenn vom Überstülpen des Sowjetsystems auf die osteuropäischen Länder die Rede ist, muss man auch sagen, was konkret unter „Sowjetmodell" verstanden werden soll, eine Frage, die mit den jeweiligen objektiven Bedingungen und mit den subjektiven Faktoren in der russischen Revolution wie in den volksdemokratischen Umwälzungen zusammenhängt. Die politische, ökonomische und soziale Rückständigkeit, die Russland in die Zwangslage versetzte, gewissermaßen aus vorbürgerlichen in nachbürgerliche Verhältnisse springen zu müssen (oder zu wollen), führte zu einer letztlich langen kriegskommunistischen Strategie des „Einholens" und „Überholens" fortgeschrittener kapitalistischer Länder, wofür gesellschaftliche Voraussetzungen und politische Demokratietraditionen weitgehend fehlten. Zwischen der Selbstherrschaft der Zaren und der Allmacht der Generalsekretäre lag nichts, keine Tradition bürgerlicher politischer Kultur und demokratischer Staatsverfassung. Letztlich fehlten die objektiven wie subjektiven Bedingungen für eine erfolgreiche sozialistische Revolution, zumal im Alleingang.

Die volksdemokratischen Revolutionen stießen – abgesehen von der ČSR, nur teilweise von Polen und Ungarn – auf ähnlich zurückgebliebene Strukturen, was die Übernahme des Sowjetmodells zusätzlich begünstigte, erst recht angesichts der Anwesenheit sowjetischer Institutionen und mit Hilfe innerer Führungskräfte.

Vielleicht könnte man – ohne jeden definitorischen Anspruch – kurzgefaßt sagen: Das Sowjetmodell (oder Sowjetsystem) war – entgegen seinem verkündeten Anspruch als Inkarnation einer unmittelbaren Rätedemokratie – eine zentralistische und hierarchisch-absolutistische Herrschaftsstruktur, die eine nur schwach ausgeprägte soziale Hegemonialkraft für die revolutionäre Umwälzung der Gesellschaft, die Arbeiterklasse, durch eine straff organisierte Parteiarmee und Staatsbürokratie substituierte und mittels einer zentralen, staatlich geplanten Kommandowirtschaft den Sprung bzw. den Übergang aus der vorbürgerlichen Rückständigkeit – bei weitgehender Umgehung des Kapitalismus – in eine nachbürgerliche Gesellschaft sozialer Gleichheit vollziehen wollte.

Die Überwindung der feudal-bäuerlichen Zurückgebliebenheit mit einem etatistischen Instrumentarium war schon das Problem einer bürgerlichen Umwälzung unter dem Zarismus, ebenso wie die Bewältigung der feudal-bürgerlichen Rückständigkeit das Problem einer sozialistischen Umwälzung mit

Mitteln staatlicher Allmacht in der Sowjetordnung blieb. Die Praxis des Etatismus, etatistischer Reformen in Ökonomie und Politik von oben mit Methoden und Mitteln des außerökonomischen Zwangs war eine seit langem in Russland verwurzelte Methode. Das verweist wohl direkt auf Elemente bzw. Traditionen einer asiatischen Produktionsweise, die seit dem 14./15. Jahrhundert (Tatarenherrschaft) nachwirken. Es ging um den Nachvollzug von Aufgaben, die eigentlich einer bürgerlichen Umwälzung wesenseigen waren. Deshalb kann m. E. von einer sowjetischen *etatistischen Entwicklungsdiktatur* gesprochen werden, die dem Produktionstyp und Niveau des Industriekapitalismus nachstrebt, wobei sie freilich dem Typ der gegebenen Produktivkräfte folgt, ohne seine technologischen Grenzen zu sprengen. Im Gegenteil: sozialistische Industrialisierung stieß dann an ihre Grenzen, als der Übergang vom extensiven zum intensiven Reproduktionstyp und zur Nutzung der wissenschaftlich-technischen Revolution zwingend wurde.

Insofern war das Sowjetsystem eigentlich eine Entwicklungsdiktatur, die sich – wie der Feudalismus – des außerökonomischen Zwangs bediente, um die politisch erforderliche, aber nur gering ausgeprägte soziale und geistig-kulturelle Hegemonialkraft in der Gesellschaft durch den Machtanspruch einer Partei zu kompensieren. Daraus resultierte unkontrollierte Alleinherrschaft, einschließlich der Anwendung repressiver Herrschaftsmethoden. Damit wurden die eigentlichen sozialen Träger der Umwälzung letztlich zu Handlangern einer hierarchischen Nomenklatura degradiert und damit die Grundlagen eines politischen Bündnisses mit sozialen Partnern ausgehöhlt. An die Stelle einer pluralistischen Interessenvertretung von Klassen, Schichten und sozialen Subjekten trat die sozialpolitische Nivellierung der Gesellschaft, faktisch nach Ständeprinzipien, und die Etablierung einer herrschenden Nomenklatura-Oberschicht über die Gesellschaft (wie der Dienstadel im Feudalismus).

Die dadurch unvermeidlichen und anwachsenden Demokratiedefizite wurden durch die Berufung auf vermeintliche Interessenübereinstimmung in der Gesellschaft kaschiert, was mit einer abnehmenden Identifikation der Bürger mit ihrer gesellschaftlichen Ordnung einherging, und notwendig zur Stagnation und schließlich zur Implosion dieser als sozialistisch verstandenen Gesellschaft führen musste. Für das Studium dieser Probleme stellen die vorliegenden Dokumentenbände eine wahre Fundgrube dar.